

Die Arbeit geht weiter – Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie

von Daniel Friedrich

Selten wurde ein Abschluss der Metall- und Elektroindustrie so gelobt wie der diesjährige: „Ein Signal für zeitgemäße Tarifpartnerschaft“ (Handelsblatt), „Metaller zeigen Weitblick und Intelligenz“ (Financial Times Deutschland) oder „Gute Krisenmanager“ (Frankfurter Rundschau). Dabei liegt der „Zauber“ dieses Tarifwerks nicht im Vorgehen der IG Metall und der Tatsache, dass man erstmals ohne konkrete Lohnforderung in die vorgezogenen Verhandlungen ging. Ja, dies ist unüblich, aber angesichts der massiven Auswirkungen der Finanzkrise ein richtiger Schritt. Nein, vielmehr könnte – wenn Bundesregierung, Bundesrat und die Banken ihren Anteil leisten – ein unwiderrufbarer hunderttausend-facher Arbeitsplatzabbau verhindert werden.

1. Der neue Tarifabschluss zur Beschäftigungssicherung schafft durch eine kostenreduzierte Kurzarbeit und eine Arbeitszeitabsenkung mit einem Teilentgeltausgleich die Möglichkeit einer Beschäftigungsbrücke. Um diese Brücke zu schlagen, ist es unerlässlich, dass der Gesetzgeber die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit über den 31.12. 2010 hinaus verlängert und den Teilentgeltausgleich ebenfalls davon befreit. Angesichts der zu verhindernden Massenarbeitslosigkeit sind die staatlichen Kosten vertretbar und zweckdienlich.

Der Staat ist weiterhin mit einer aktiven Arbeitsmarkt-, Industrie- und Strukturpolitik gefordert. Unerlässlich ist dabei eine flankierende Finanz- und Steuerpolitik für einen handlungsfähigen Staat.

2. Eine krisenbewusste, unterstützende Kreditpolitik der öffentlichen und privaten Banken



↳ Daniel Friedrich ist Bezirkssekretär der IG Metall Küste.

Foto: IG Metall

ist für die Klein- und Mittelbetriebsstruktur unverzichtbar. Dafür müssen die Banken, gerade als einer der Hauptverursacher der Krise, endlich ihre volkswirtschaftlichen Verpflichtungen erfüllen. Zahlreiche Unternehmen scheitern in der aktuellen Krise nicht an mangelnder Initiative oder unzureichender Wettbewerbsfähigkeit, sondern an der ungenügenden Bereitschaft vieler Kreditinstitute Liquidität zu gewähren. Gerade im Aufschwung wird sich dieses Problem noch stärker zuspitzen und die Handlungsfähigkeit der Betriebe blockieren. Es bleibt ein Skandal, wenn sich die Banken bei der Europäischen Zentralbank mit billigem Geld versorgen, aber von den Betrieben überhöhte Zinsen und ungerechtfertigte „Risikozuschläge“ verlangen. Bundes- und Landesregierungen sind aufgefordert, hier entschieden gegenzusteuern.

Wenn man mit Hunderten von Milliarden Rettungsschirme über der notleidenden Finanzwirtschaft aufspannt, muss man jetzt auch in der Krise gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen gegenüber den Banken durchsetzen.

3. Nicht zuletzt sind die Arbeitgeber gefordert, gemeinsam mit den Betriebsräten die neuen und erweiterten Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung zu nutzen. Dies gilt insbesondere auch für ein hinreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und die Übernahme nach der Ausbildung. Nur so kann der Fachkräftemangel der Zukunft verhindert werden.

Sollten alle ihren Anteil leisten, dann kann das Ziel erreicht werden: Keine Entlassungen in der Krise! ■